

KUBICKI: WER DER RECHTSSTAAT DARF NIEMAND VERURTEILN

erschienen am 12. Januar 2015

[Interview, Wolfgang Kubicki](#)

Der stellv.
Bundesvorsitzende
KUBICKI gab den
Volksstimme“ (Freie
das folgende Interview.
Fragen stellte CHRISTOPH
KISSMANN:

Foto: fdp-lsa.de

Frage: Herr Kubicki, 2014 hat die FDP alle Wahlen verloren, Ihre Partei sitzt nur noch in sechs Landtagen. Was macht Ihnen Mut, dass sich der Trend 2015 umkehrt?

KUBICKI: Die Tatsache, dass die Menschen großes Interesse daran zeigen, was die Freien Demokraten anzubieten haben: Dass wir die Privatheit der Bürger schützen wollen und jeder sein Leben selbst bestimmen kann. Der Kurs der anderen Parteien zu einem immer stärker werdenden konformen Verhalten nervt mich. Das geht auch anderen so – und deren politisches Sprachrohr sind wir.

Frage: Die FDP will auch 2015 zurückkehren.

KUBICKI: Na sicher. Wir wollen eine bessere Bildung mit mehr Eigenverantwortung und eine bessere Infrastruktur. Doch statt hier zu investieren, investiert die Regierung lieber 230 Milliarden Euro für Renten. Das Geld der Steuerzahler wird vielerorts einfach verschwendet. Die Bürgerinnen und Bürger viel stärker entlastet

Frage: Mit dem „Netto vom Brutto“ ist Ihre Partei schon einmal in der Bundesregierung gewesen. Können Sie es wieder aus?

KUBICKI: Darum geht es gar nicht. Es ist doch: Der Staat verleiht sich die Gehaltserhöhungen. Die Progression muss weg, sie trifft in erster Linie kleinere und mittlere Einkommen. Und selbstverständlich muss auch der Solidaritätszuschlag weg. Das ist versprochen – wenn die Bundesregierung das nicht umsetzt, sinkt das Vertrauen der Menschen in den Staat sinkt.

Frage: Kein Vertrauen in den Staat ist auch die Ursache für „Pegida“. Die Parteien streiten über den Umgang mit der Demonstration. Zeigen Sie Verständnis für die Demonstranten. Warum?

KUBICKI: Natürlich habe ich Verständnis dafür, dass es Menschen gibt, die Angst haben. Ich störe mich allerdings daran, dass derjenige, der Verschwörungstheorien über die Demonstranten äußert, einfach in die rechtsradikale Ecke fällt. Man kann nicht 18 000 Menschen pauschal als Nazis bezeichnen. Das ist ein Problem, das dahinter steckt, zu beschäftigen. Es gibt eine Sorge, eine Angst an: Zum Beispiel, dass ein Terroranschlag passieren kann, auch hier passieren kann. Es ist Wahnsinn, dass die Geheimdienste, die Behörden immer wieder erklären, sie seien mit ihrem Personal in einer Lage, der Gefährdung durch religiösen oder politischen Extremismus zu werden. Wie sollen die Menschen da Vertrauen in die Behörden haben?

Frage: Was muss sich am Umgang mit der Demonstration ändern?

KUBICKI: Erstens muss man die Demonstrationen nicht mit Argumenten das Wasser abgraben. Zweitens muss man die Ehrlichkeit. Wir dürfen in Deutschland nicht mehr die Integrationen der Integrationen. Wir müssen insbesondere in den Stadtvierteln aufpassen, dass ausländische Banden nicht überhand nehmen – und sich der Rechtsstaat nicht kapitulieren. Staatsanwälte, Polizisten kommen ja heute schon kapitulieren, werden manchmal sogar von diesen Banden überfallen. Der Rechtsstaat darf niemals kapitulieren.

Frage: „Der Rechtsstaat darf niemals kapitulieren.“ Das klingt wie ein Appell, dass die Demonstranten das befolgen müssen.

KUBICKI: Ich finde es wichtig, dass sich unsere Gesellschaft nicht spaltet, müssen die Menschen konsequent angegangen werden. Im Bund und in den Ländern werden sie gehalten, aber es passiert zu wenig. Es passt nicht zusammen, was wir fordern. Gute Integration fordern, doch bei Sprachkursen wird gerne „humanitär“ untergebracht werden – und landen dann in Zellen, was die Integration zum Arbeitsmarkt erschwert, obwohl wir sie doch dringend brauchen. Das ist ein Problem, was viele Politiker sagen und was dann in der Realität passiert. Es gibt einen weiteren Unterschied. Die Menschen merken das – und sind nicht bereit, das zu akzeptieren. Wir dürfen nicht noch mehr Leute den „Pegida“ oder den Nazis in die Arme treiben. Die etablierte Politik muss dabei, das zu tun.